

Müssen Christen Demokraten sein?

Münsteraner Professor Hans-Richard Reuter Gastreferent der Reformierten Konferenz in Mettingen

Von Hinnerk Schröder

METTINGEN „Demokratie ist heute nicht mehr selbstverständlich“, so lautete die einleitende Feststellung des Referats von Hans-Richard Reuter, Seniorprofessor am Exzellenzcluster Religion und Politik an der Universität Münster. Die Reformierte Konferenz Bentheim-Steinfurt-Tecklenburg hatte ihn zu ihrer Herbsttagung nach Mettingen in der ehemaligen Grafschaft Tecklenburg eingeladen, um mit ihm über das Verhältnis von christlichem Glauben und Demokratie nachzudenken.

Professor Reuter stellte fest, dass unsere heutige liberale Demokratie auf zwei unterschiedlichen Wurzeln beruhe. Die ersten europäischen Siedler Nordamerikas hätten politische und religiöse Unterdrückung erfahren und betonten deshalb die Rechte und die Freiheiten der Bürger gegenüber dem Staat. Demgegenüber habe die Französische Revolution die

Teilhabe der Bürger an der staatlichen Macht und die Souveränität des Volkes betont. Beide Aspekte müssten in einer Demokratie immer wieder neu ausbalanciert werden, betonte der Referent.

Die christlichen Kirchen hätten sich mit den demokratischen Verfassungstendenzen schwer getan, meinte der Referent. Zwar habe die Reformation mit den Gedanken der Freiheit, der Betonung der freien Gewissensentscheidung oder der Lehre vom Priestertum aller Gläubigen Vorstellungen geschaffen, die die Demokratiebewegung aufnehmen konnte, aber im deutschen Protestantismus sei die Kirche durch das landesherrliche Kirchenregiment – der Landesherr als oberster Repräsentant der Kirche – in das monarchisch-autoritäre System eingebunden gewesen.

Erst nach 1945 habe sich die Kirche mehr und mehr zur liberalen Demokratie bekannt. Auf Grund des christ-

lichen Menschenbildes seien für das Verständnis des demokratischen Staates wichtig: die Betonung der Menschenwürde, die Bedeutung der Freiheit und der Gleichheit aller Menschen, die Wahrnehmung der Fehlbarkeit des Menschen und die Begrenzung der Macht, sowohl zeitlich als auch durch Gewaltenteilung, und schließlich die politische Mit-

*Globalisierung
hat zu einem
Bedeutungsverlust der
Parlamente geführt*

verantwortung aller Bürger.

Aber gerade diese politische Mitverantwortung und die praktische Mitgestaltung der Politik sei heute infrage gestellt, erläuterte Reuter. Die Globalisierung wirtschaftlicher Prozesse und die Internationalisierung politischer Entscheidungen hätten zum Bedeutungsverlust der Parlamente geführt. Es ent-

wichtige politische Entscheidungen von wenigen Personen hinter verschlossenen Türen ausgehandelt. Viele Menschen hätten das Gefühl, dass „die da oben“ zur Mehrheit der Bevölkerung keine Beziehung mehr hätten. Dazu komme für viele Menschen die Furcht vor ökonomischen Abstieg und die Angst, alle Sicherheiten und die Heimat zu verlieren.

Dies habe in Europa zu populistischen Parteien geführt, meinte Prof. Reuter. Populismus suche einfache Antworten und neige zu demagogischen Übertreibungen. Für den Rechtsprotestantismus komme hinzu, dass er von einem Ideal eines kulturell einheitlichen Volkes ausgehe und jeden Pluralismus ablehne. Die Furcht vor Überfremdung, der schroffe Gegensatz von „Wir“ und „die Anderen“ könne eine Tür zum Rechtsextremismus bilden. Demgegenüber sei festzuhalten, dass ein Volk keine gleichförmige Einheit bilde, sondern eine Vielheit

von Ansichten und Interessen umfasse.

Was können Christen tun? Reuter nannte Bereiche, die für die Stabilisierung der Demokratie wichtig seien: Repräsentationsdefizite müssten abgebaut werden, die Parlamente sollten auf allen Ebenen gestärkt und die Bürger mehr an Entscheidungen beteiligt werden.

Die soziale Ungleichheit sollte abgebaut und sozialer Abstieg sollte verhindert werden. Und schließlich: Wir sollten erkennen, dass die Demokratie gefährdet ist und unseren persönlichen Einsatz braucht. Christen sollten sich deshalb für die Demokratie einsetzen und Bürger-tugenden wie Toleranz, Zivilcourage und Bereitschaft zum Gespräch einüben.

Als Fazit stellte Reuter fest: „Christen waren nicht immer Demokraten und sie sind es nicht überall. Aber hier und heute müssen sie es sein, denn die Demokratie kommt einer christlichen Gemeinwohlordnung am nächsten.“